

12. Oktober 2020
Pressemitteilung

EU-Konferenz unterstreicht die Notwendigkeit der Bekämpfung von Antiziganismus. Mitgliedsstaaten sind gefordert, den Strategischer Rahmen für die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma endlich konsequent umzusetzen

Der Strategischer Rahmen für die gleichberechtigte Teilhabe von Sinti und Roma wurde heute auf einer internationalen Online-Konferenz vorgestellt und debattiert. In seinem Grußwort unterstricht Markus Kerber, Staatssekretär im Bundesinnenministerium, dass „der Zusammenhalt in Europa durch das hässliche Gesicht des Extremismus bedroht“ werde und der Mordanschlag in Hanau im Februar dieses Jahres, dem mehrere Sinti und Roma zum Opfer fielen, die Gefahren des Rechtsextremismus, in aller Deutlichkeit aufgezeigt habe. Kerber verwies auf die notwendige Arbeit des Dokumentationszentrums in Heidelberg, in dem die Geschichte der Minderheit aufgearbeitet werde. Dies sei ein Beispiel für alle europäischen Länder, um insbesondere die kulturellen Beiträge der Minderheit sichtbar werden zu lassen.

EU-Kommissarin Helena Dalli unterstrich wie die anderen Redner die Priorität der Bekämpfung von Antiziganismus, um die gesetzten Ziele in den Bereichen Bildung und Arbeit, Wohnen und Gesundheit zu erreichen.

Romani Rose würdigte den Strategischen Rahmen und die Konferenz:

„Mit dieser Konferenz wird die Politik für Sinti und Roma in Europa neu ausgerichtet. Erstmals wird hier der jahrhundertealte Antiziganismus als die Ursache für Ausgrenzung und Stigmatisierung unserer Minderheit benannt und die Programme der EU zielen endlich auf die Ursachen der menschenunwürdigen Situation ab.“

Erstmals werde ein Monitoring mit quantitativen Indikatoren eingesetzt, so dass die tatsächliche Umsetzung durch die Mitgliedsstaaten dokumentiert wird. Wichtig sei jetzt die Empfehlung des Europäischen Rates, der die Mitgliedsstaaten zur Umsetzung des Strategischen Rahmens verpflichtet, so Rose.

Die [Rede von Romani Rose](#) ist im Wortlaut auf der Website des Zentralrates Deutscher Sinti und Roma abzurufen. Die einschlägigen [Dokumente der Europäischen Union](#) sind ebenfalls auf der Website des Zentralrates zu finden.